

Erinnerung und Mahnung

Debatte zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

27. Januar 2022 – Am 27. Januar 1945, vor 77 Jahren, befreiten sowjetische Truppen Auschwitz-Birkenau – das größte deutsche Vernichtungslager während der NS-Zeit. Allein dort wurden mehr als 1,1 Millionen Menschen ermordet, die meisten von ihnen Jüdinnen und Juden. Zum Gedenken an die Opfer verabschiedete der Landtag einstimmig einen Antrag und setzte zugleich ein deutliches Zeichen gegen heutigen Antisemitismus.



Bodo Löttgen (CDU)

Thomas Kutschaty (SPD)

Christof Rasche (FDP)

Verena Schäffer (Grüne)

Helmut Seifen (AfD)

Kulturministerin
Isabel Pfeiffer-Poensgen
(parteilos)

In dem Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen (17/16269) heißt es u. a.: „Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Das Vertreten antisemitischer Positionen ist keine Meinungsäußerung, sondern Ausdruck von Menschenfeindlichkeit und widerspricht den Werten unseres Grundgesetzes und unserer demokratischen Gesellschaft. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft, sich solchen Äußerungen entschieden entgegenzustellen und klarzumachen, dass Nordrhein-Westfalen sich gegen Hass und Hetze, Antisemitismus, Rassismus und jede Art von Diskriminierung stellt.“

Bodo Löttgen, Chef der CDU-Fraktion, sagte, die Gräueltaten des Nationalsozialismus hätten seinerzeit vor den Haustüren begonnen. Das gelte auch für die Morde an Patientinnen und Patienten aus Heil- und Pflegeheimen, die von 1940 an vergast worden seien. Es handle sich um den ersten zentral organisierten Massenmord des NS-Staates und die Vorstufe des Holocaust. Der erste Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, habe bereits in der Nachkriegszeit gemahnt: „Das Vergessen zu verhindern, ist auch ein wichtiges Mittel, um Menschen zu Bewusstsein zu bringen, was sie an der Demokratie zu schätzen haben.“

Noch heute würden Täter des Nationalsozialismus vor Gericht gestellt, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. „Es darf keinen Schlussstrich geben. Es geht um Gerechtigkeit.“ Mit Blick auf die Shoa gelte weiterhin der Satz des Auschwitz-Überlebenden und Schriftstellers Primo Levi: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.“ Nicht nur die Leugnung, auch die Verharmlosung der Shoa sollte

unter Strafe gestellt werden, forderte Kutschaty. „Wenn Corona-Leugner dieser Tage mit gelbem Stern durch die Straßen ziehen, auf dem ‚Ungeimpft‘ steht, ist das für jeden anständigen Menschen unerträglich. Das darf es nicht mehr geben.“

„Wir wollen heute nicht nur gedenken, sondern auch den Blick auf die Gegenwart und die Zukunft richten“, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Man müsse die Vergangenheit kennen, um die Zukunft zu verstehen und zu gestalten. Auch heute „wächst leider wieder Antisemitismus in den Köpfen mancher Menschen“, sagte Rasche. Wo Verschwörungstheorien verbreitet werden, sei der Antisemitismus in der Regel nicht weit. Auch heute würden Menschen wegen ihrer Religion, ihrer Anschauung und ihrer Herkunft verächtlich gemacht. Bildung sei „der Schlüssel, um dem Antisemitismus zu begegnen“.

„Unermessliches Leid“

„Der heutige Tag erinnert uns an das unermessliche Leid der Shoa“, sagte **Verena Schäffer**, Fraktionsvorsitzende der Grünen. Sie sprach besonders die Schicksale jüdischer Kinder an. Etwa 1,5 Millionen seien vom NS-Terrorregime ermordet worden. Der 27. Januar sei „Erinnerung und Mahnung zugleich“, sagte Schäffer. Dieser Tag müsse aber auch eine Handlungsaufforderung sein, „immer und überall Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und menschenverachtender Hetze zu widersprechen“. Und das gelte nicht nur für den 27. Januar. Die Abwertung von Menschen dürfe an keinem Tag unwidersprochen stehen bleiben.

Helmut Seifen (AfD) sagte, die Unterdrückung, Versklavung, Verfolgung und Ermordung von Menschen und Völkern seien „keine Betriebsunfälle“ gewesen, sondern Hauptzweck der nationalsozialistischen Diktatur. Ziel sei die völlige Beseitigung des fünften Gebotes „Du sollst nicht töten“ gewesen. Seifen sprach auch von einem „Gesellschaftsverbrechen“. Das Abgleiten in diese Grausamkeit von Menschen, die diese Tötungsmaschinerie bedient hätten, sei nicht zu verstehen. Normale Menschen seien in einem verbrecherischen System auf das unmoralisch verbrecherische Niveau der Machthaber abgesunken.

Kulturministerin **Isabel Pfeiffer-Poensgen** (parteilos) mahnte, dass nationalsozialistisches Gedankengut und Antisemitismus auch heute noch trauriger Teil der Gegenwart seien. Damit dürfe sich die Gesellschaft nicht abfinden, sondern sie müsse diesen Tendenzen entschieden entgegenreten. Gegen solche Tendenzen helfe eine verantwortungsvolle Erinnerungskultur. Die Landesregierung unterstütze daher ausdrücklich den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen, weil dieser zusätzliche Impulse gebe, insbesondere im Bereich der politischen Bildung.

Der Antrag der vier Fraktionen wurde bei Enthaltung der AfD angenommen. Ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion (17/16359) wurde abgelehnt.

tob, zab, wib

Vor Beginn der Plenardebatte hatten Landtag und Landesregierung in einer gemeinsamen Gedenkstunde an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Mehr dazu lesen Sie auf den Seiten 14 und 15.